

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 135. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 28. Oktober 2004

#### Tagesordnungspunkt 5:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Reform der beruflichen Bildung (Berufsbildungsreformgesetz – BerBiRefG)** (Drucksache 15/3980) .....  
12339 D
- b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Berufsbildungsbericht 2004** (Drucksache 15/3299) .....  
12339 D

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren über ein Berufsbildungsreformgesetz. Es geht um Jugend und Bildung, also um die Zukunft der Gesellschaft insgesamt. Das Gesetz war überfällig, denn das alte hat 35 Jahre auf dem Buckel. Die Reform war übrigens auch schon lange versprochen und die Versprechen waren sehr anspruchsvoll. Die PDS im Bundestag begrüßt, dass es nun endlich konkret wird, und wir bedauern, dass die Reformen nicht weiter gehen als von Rot-Grün beschrieben.

Bevor ich über einige Pro und Kontra spreche, nenne ich einen zentralen Punkt in diesem Zusammenhang: das **duale Ausbildungssystem**. Alle Beteiligten gehen davon aus, dass es eine bewährte Marke made in Germany ist. Es soll gestärkt werden. So steht es auch als Ziel im Gesetzentwurf.

Praktisch erleben wir seit Jahren jedoch eine andere Entwicklung: Immer mehr Betriebe, insbesondere große, bilden immer weniger aus. Immer mehr Jugendliche weichen auf schulische Ausbildungsgänge, oft ohne vollwertigen Berufsabschluss, aus

(Jörg Tauss [SPD]: Müssen!)

– müssen, weil eben nicht ausgebildet wird –, werden in berufsvorbereitende Maßnahmen gedrängt, die für viele nur Warteschleifen sind, oder werden gar nicht ausgebildet. Deshalb bleiben wir dabei: Wer das duale System stärken will, muss es vor dem weiteren Verfall retten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Auch deshalb waren wir übrigens für eine gesetzliche Ausbildungumlage und nicht für einen fragwürdigen Ausbildungspakt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wenn wir nun den gesetzlichen Rahmen für die Berufsausbildung erneuern, dann natürlich mit klaren Ansprüchen. Wir wollen **Chancengleichheit** für alle Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Konfession oder ihrer sozialen Lage. Wir wollen eine qualifizierte Grundausbildung, die gute Arbeitschancen und Weiterbildungswege eröffnet. Wir wollen Fachleute, die im Leben bewandert, sozial kompetent und demokratisch engagiert sind. Wir wollen schließlich Abschlüsse, die in allen Regionen – daheim, aber auch in anderen Ländern Europas – anerkannt werden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Davon sind wir in der Bundesrepublik bisher weit entfernt.

Der DGB spricht sogar von einer Ausbildungskrise. Er meint damit nicht nur die fehlenden Ausbildungsplätze und die damit fehlende Chancengleichheit für viel zu viele Jugendliche. Er meint auch die inhaltlichen Seiten der Berufsausbildung. Ich finde, zu Recht.

Das führt uns zwangsläufig zu der Frage, ob die vorgeschlagenen Reformen gut und weit reichend genug sind, um aus der Krise herauszukommen. Die PDS im Bundestag glaubt, dass das nicht der Fall ist. Das will ich zum Schluss an einem Streit illustrieren, der im Bundesrat stattgefunden hat. So reklamieren die Bundesländer mehr Kompetenzen für sich. Zugleich wollen sie die Koordinierungsrechte des Bundes beschneiden. Vielfalt kann gut und förderlich sein. Sie kann aber auch zu einem babylonischen Sprachgewirr verkommen, das niemand mehr versteht. Ich will, dass ein Ausbildungsabschluss aus Mecklenburg-Vorpommern auch in Bayern gilt und dass ein Zeugnis aus Bremen auch „sachsentauglich“ ist. Das gehört zur angestrebten Chancengleichheit.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Derselbe Anspruch hat auch seine internationale Entsprechung. Es ist gut, wenn Ausbildungsabschlüsse wechselseitig anerkannt werden und wenn Jugendliche Teile ihrer Berufsausbildung auch im Ausland absolvieren können. Aber die Angleichung **internationaler Standards** darf nicht nach unten erfolgen. Sie muss modernen Anforderungen genügen.

Ausbildungsabschnitte sollen künftig als Module angeboten werden, die sich zu einer Komplettausbildung summieren. Das kann gut sein und Jugendlichen, denen ihre Ausbildung schwerer als anderen fällt, zusätzliche Anreize schaffen. Es darf aber nicht dazu führen, dass Generationen von Teilgebildeten ausgebildet werden, die zwar zwei oder drei Module absolviert, aber keine vollständige Berufsausbildung erhalten haben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Das betrifft übrigens auch die praxisnahe Vorbereitung auf die Berufsausbildung. Auch hier wünschen sich die Bildungspolitikerinnen und -politiker der PDS weiter gehende Reformen. Das betrifft übrigens auch die Gleichbehandlung spezifischer und dennoch beachtlicher Gruppen. Ich nenne nur Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Jugendliche mit Behinderungen. Der DGB hat den Gesetzentwurf in diesen Fragen als enttäuschend bezeichnet. Es bleibt also noch viel zu tun; denn, wie eingangs gesagt, mit der Umsetzung dieses Gesetzentwurfs geht es um die Jugend, um Bildung und damit um Zukunft.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])